

Antrag

der Abgeordneten Hans Josef Fell, Cornelia Behm, Dr. Reinhard Loske, Sylvia Kotting-Uhl, Matthias Berninger, Winfried Hermann, Peter Hettlich, Ulrike Höfken, Bärbel Höhn, Dr. Anton Hofreiter, Undine Kurth (Quedlinburg), Renate Künast, Fritz Kuhn und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Biogaseinspeisungsstrategie entwickeln und Biogaseinspeisungsgesetz vorlegen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Nicht zuletzt der russisch-ukrainische Streit um Gaslieferungen hat Deutschland und Westeuropa die eigene hohe Abhängigkeit von Energieimporten vor Augen geführt. Es ist abzusehen, dass mit der Endlichkeit der fossilen Energierohstoffe und des Urans politische Spannungen und Konflikte zunehmen werden. Deshalb muss es Ziel einer zukunftsfähigen Energiepolitik sein, die Abhängigkeiten unserer Wirtschaft und unserer Gesellschaft von Mineralöl, Kohle, Gas und Uran deutlich zu verringern – für eine höhere Versorgungssicherheit, aber auch aus Gründen der Ökologie und des Klimaschutzes.

Die Erdgasversorgung innerhalb Europas hängt von nur wenigen Lieferländern ab. Die Abhängigkeit von Ländern außerhalb der EU wird sich zudem vergrößern, da Großbritannien und die Niederlande mittelfristig nicht mehr als Erdgasexporteure zur Verfügung stehen werden, selbst zu Importeuren werden und auch die deutsche Erdgasförderung rückläufig ist. Damit sind sowohl Versorgungssicherheit als auch Preisstabilität in Deutschland und Europa gefährdet.

Der Deutsche Bundestag sieht wirksame Ansatzpunkte zur Reduzierung der Abhängigkeit von Erdgasimporten, die bis heute unzureichend genutzt werden: Insbesondere durch das Energiesparen, durch mehr Effizienz bei der Energieerzeugung und beim Verbrauch sowie durch einen Umstieg auf erneuerbare Energien. So können z. B. im Wärmesektor große Mengen an Erdgas kostenneutral durch die Modernisierung von Altbauten eingespart werden. Sonnenkollektoren, moderne Bioenergieheizungen wie Holzpellet- oder Geothermieanlagen ermöglichen zudem einen Umstieg auf erneuerbare Energien, der sich für die Anwender heute schon rechnet.

Eine besonders hoffnungsvolle Möglichkeit für den Ersatz von Erdgas stellt die Erzeugung von Biogas dar, welches weitgehend in der vorhandenen Infrastruktur eingesetzt werden kann. Biogas kann europaweit in großen Mengen erzeugt werden und damit einen relevanten Beitrag zur Verringerung der Abhängigkeit vom Erdgas leisten. Eine aktuelle Studie der Gas- und Biogasverbände zeigt alleine für Deutschland ein Biogaspotenzial von 10 Mrd. Kubikmetern jährlich auf – das sind mehr als 10 Prozent des heutigen Erdgasverbrauchs. Die euro-

päischen Potenziale gilt es noch zu ermitteln. Sie dürften vor allem wegen der großen landwirtschaftlichen Flächen Osteuropas deutlich höher sein als das inländische Potenzial.

Der Deutsche Bundestag begrüßt, dass die deutsche Bundesregierung seit 1999 erheblich zum Fortschritt der Biogastechnologie beigetragen hat. Die installierte Leistung von Biogasanlagen wurde mehr als verzehnfacht. Mittlerweile sind rund 2500 Anlagen in Betrieb, die vor Ort Strom und z. T. Wärme auch erzeugen. Um die vorhandenen Potenziale wirksamer auszuschöpfen, muss die Einspeisung von Biogas in die Erdgasnetze ermöglicht werden. Die ersten Grundlagen hierfür hat die Bundesregierung der Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit dem Erneuerbare-Energien-Gesetz und dem Energiewirtschaftsgesetz gelegt.

Um der Biogaseinspeisung zum Durchbruch zu verhelfen, sind jedoch weitergehende Schritte erforderlich: ein Biogaseinspeisungsgesetz nach dem Vorbild des Erneuerbare-Energien-Gesetzes im Strombereich.

Aus Sicht des Deutschen Bundestages wäre eine Biogasstrategie ein wichtiger Beitrag zur nationalen und europäischen Gasversorgungssicherheit. Biogas steht im Gegensatz zu Erdgas zeitlich unbegrenzt zur Verfügung. Seine Kosten sind langfristig kalkulierbar. Es ist sogar zu erwarten, dass aufgrund der technischen Entwicklung in der Erzeugung z. B. bei der Ligninaufschließung sowie der Fortschritte im Pflanzenbau mit stetig fallenden Erzeugungskosten zu rechnen ist.

Eine europaweite Biogasstrategie wäre zudem ein wichtiger Beitrag für den Klimaschutz. Biogas ist dadurch, dass nur so viel Kohlendioxid freigesetzt wird, wie in der verarbeiteten Biomasse gebunden wurde, klimaneutral. Das bedeutet, dass durch den Ersatz klimaschädlicher fossiler Rohstoffe der Ausstoß von Klimagasen in die Atmosphäre verringert wird.

Die Umsetzung einer europäischen Biogasstrategie schafft durch die Bereitstellung der Rohstoffe, den Bau und den Betrieb der Anlagen zusätzliche Wertschöpfung und damit Arbeitsplätze in Landwirtschaft, Industrie und Gewerbe. So führt die Biogaseinspeisung in das Gasnetz letztlich zu wirtschaftlicher Prosperität und ist damit in allen europäischen Ländern ein wichtiger Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Entwicklung ländlicher Räume.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

- ein Einspeisungsgesetz für Biogas vorzulegen, das wirksame Anreize zur Einspeisung von Biogas in das Gasnetz liefert. Zudem muss die vorrangige Aufnahme und Durchleitung von Biogas festgeschrieben werden. Als Vorbild sollte das Erneuerbare-Energien-Gesetz für den Strombereich dienen;
- die Beimischungspflicht für Biokraftstoffe auf Erdgas auszuweiten, damit Biogas auch im Verkehrsbereich verstärkt zum Einsatz kommt;
- eine europäische Biogaseinspeisungsstrategie zu initiieren und voranzutreiben. Dabei sollte insbesondere mit den mittel- und osteuropäischen Ländern kooperiert werden, durch die Erdgaspipelines aus Russland führen. Die Bundesregierung sollte u. a. auf EU-Ebene darauf hinwirken, die Biogaseinspeisungsstrategie über die Grenzen der EU hinaus auszuweiten. Auch die zukünftigen Beitrittsländer sowie Russland, die Ukraine und Weißrussland sollten dazu eingeladen werden, sich an dieser Initiative zu beteiligen;
- die Forschungs- und Entwicklungsanstrengungen zur Erzeugung von Biogas sowie zur Einspeisung von Biogas zu verstärken sowie Demonstrationsprojekte zu unterstützen;

- innerhalb der Biogasstrategie auf nachhaltige Anbaumethoden der Energiepflanzen auszurichten, die den Anbau von großflächigen Monokulturen und den Einsatz von gentechnisch veränderten Organismen ausschließen.

Berlin, den 7. Februar 2006

Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion

